

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanz- und Vergabeangelegenheiten

am Dienstag, dem 27.05.2025

im Sitzungszimmer 2.5/2.6 des Neuen Rathauses

Beginn: 17:31 Uhr

Ende: 18:58 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Herr Marco Langas

Ausschussmitglieder

Herr Karsten Ellmenreich
Herr Klaus Grassau
Herr Alexander Hildebrandt
Herr Claus-Rudolf Johna
Herr Andreas Kluckhuhn, ab 17:33 (TOP 1)
Herr Florian Meyer
Herr Carsten Ortfeld
Herr Michael Schaarschmidt
Herr Marius Sirocko
Herr Anton Paul Jakob Weber
Herr Artur Wrzesinski

stellvertretendes Ausschussmitglied

Herr Hans Heinrich Voigt

Außerdem anwesend

Frau Ulrike Göking (Ratsfrau)
Herr Jürgen Joost (Ratsherr)
Herr Jens Ahrens (Seniorenbeirat)

Von der Verwaltung

1. Stadtrat
Stadtbaurätin
Fachdienstleiter 20
Fachdienst 01
Fachdienst 40
Fachdienst 40
Fachdienstleiter 51
Fachdienst 61
Fachdienst 65
Personalrat
Protokollführung

Herr Michael Knapp
Frau Sabine Kling
Herr Hans-Günter Szislo
Herr Daniel Lawrenz
Frau Nicole Pietrzinski, bis 18:20 (TOP 10)
Frau Urszula Steinhagen, bis 18:20 (TOP 10)
Herr Erk Jokel, bis 18:20 (TOP 10)
Herr Arne Lewandowski, bis 18:34 (TOP 11)
Herr Thomas Aretz, bis 18:41 (TOP 12)
Herr Peter Omland, bis 18:53 (TOP 17)
Frau Jasmin Scholtis

Entschuldigt:

Ausschussmitglieder:

Frau Gaby Mohr
Herr Ron Horstkotte (Beratendes Mitglied)

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1.	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2.	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenen Tagesordnungspunkte
3.	Tagesordnung
4.	Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 25.03.2025
5.	Einwohnerfragestunde
6.	Entwicklung der städtischen Finanzlage
7.	Anträge und Anfragen
7.1.	Antrag der Grünen, RH Voigt, betr. Zweckentfremdungssatzung nach dem Schleswig-Holsteinischen Wohnraumschutzgesetz Vorlage: 0187/2023/An
8.	Fortführung der Schulsozialarbeit an Grundschulen Vorlage: 0436/2023/DS
9.	Frühkindliche Bildung in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege- Zuordnung eines Trägers für die geplante Maßnahme "Graveshamstr." im Rahmen des Ausbaus von Plätzen der frühkindlichen Bildung Vorlage: 0490/2023/DS
10.	Konzessionsvertrag über die Erbringung des Citymarketing - Jahresbericht 2024 Vorlage: 0454/2023/DS
11.	Umbau der ehemaligen Helene-Lange-Schule zur Volkshochschule Vorlage: 0478/2023/DS
12.	Förderprogramm Anpassung urbaner und ländlicher Räume an den Klimawandel: Park am ehemaligen Rangierbahnhof; Entwurfsplanung und Baubeschluss Vorlage: 0485/2023/DS
13.	Fairtrade-Stadt: Durchführung der erforderlichen Tätigkeiten durch externe Organisation Vorlage: 0472/2023/DS
14.	Städtische Beteiligungen: Kiek in! Anstalt öffentlichen Rechts der Stadt Neumünster; hier: Auflösung des Standorts in der Gartenstraße 32 Vorlage: 0428/2023/DS

15.	Städtische Beteiligungen: FEK - Friedrich-Ebert-Krankenhaus Neumünster GmbH hier: Auszahlung Verlustausgleich 2025 Vorlage: 0455/2023/DS
16.	Dringliche Vorlagen
17.	Mitteilungen
17.1.	Stand der aufgenommenen Kassenkredite und Schulden für Investitionskredite Vorlage: 0202/2023/MV

1 .	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
-----	---

Herr Langas eröffnet als neuer Ausschussvorsitzender die Sitzung, verpflichtet die Bürgerlichen Mitglieder Herr Kluckhuhn, Herr Hildebrandt, Herr Ellmenreich und Herr Schaarschmidt per Handschlag und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Sodann ermutigt Herr Langas die Mitglieder des neu zusammengesetzten Ausschusses, die gemeinsame Aufgabe als Wächter über die städtischen Finanzen mit großem Selbstbewusstsein wahrzunehmen und haushaltswirksame Beschlüsse und Anträge in erster Linie aus der Perspektive der städtischen Finanzen zu beurteilen. Diese müssen keineswegs mit den Beschlüssen der vorher beratenden Fachausschüsse übereinstimmen. Unterschiedliche Voten sollten deshalb weder ungewöhnlich noch beunruhigend sein. Aufgabe des Ausschusses für Vergabe und Finanzen sei es, im Zweifel im Sinne der Haushaltsdisziplin bzw. der Konsolidierung der städtischen Finanzen zu entscheiden.

2 .	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
-----	---

Es wird einstimmig beschlossen, die Tagesordnungspunkte 18 – 21 unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beraten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

3 .	Tagesordnung
-----	--------------

Der Tagesordnung wird in vorliegender Form einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

4 .	Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 25.03.2025
-----	---

Es bestehen keine Einwände gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 25.03.2025.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

5 .	Einwohnerfragestunde
-----	----------------------

Es liegen keine Fragen vor.

6 .	Entwicklung der städtischen Finanzlage
-----	--

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes informiert Herr Knapp über die städtische Finanzlage. Am 18.02.2025 wurde der 1. Nachtrag 2025 mit einem Defizit von 34,8 Millionen Euro im Ergebnishaushalt beschlossen. In Neumünster ist die Finanzlage dramatisch mit sich verschlechternder Tendenz.

Stand jetzt wird für das Haushaltsjahr 2025 ein Defizit von ca. 50 Millionen Euro erwartet; eine Erhöhung des Defizites durch Sozialtransfers und im Bereich der Jugendhilfe ist nicht ausgeschlossen. Somit besteht zzt. eine Abweichung in Höhe von ca. 15 Millionen zum Plan (1. Nachtrag 2025). Der Grund für die Verschlechterung ist zzt. alleinig die Höhe der Pensionsrückstellungen. Grundlage für die Anpassung der Pensionsrückstellungen ist ein Schreiben der VAK, welches die zu bildenden Pensionsrückstellungen zum Stand 31.12.2024 beziffert. Hintergrund für die erhebliche Abweichung ist, dass die Besoldungserhöhung 2024 in den Planungen der VAK nicht berücksichtigt war. Die Spitzabrechnung der Pensionsrückstellungen ist regelmäßig im Nachgang zu berücksichtigen.

Herr Knapp geht anschließend insbesondere auf das Thema Haushaltssperre ein. Wie der Presse zu entnehmen war, haben die Landeshauptstadt Kiel und die Stadt Norderstedt eine Haushaltssperre verhängt. Im Verwaltungsvorstand der Stadt Neumünster wurde anschließend auch über eine Haushaltssperre beraten. Herr Knapp führt aus, dass Neumünster derzeit keine Haushaltssperre verhängen wird.

Herr Schaarschmidt und Herr Meyer erfragen, in welchem Fall eine Haushaltssperre erfolgen würde. Hierzu erläutert Herr Knapp, dass die prognostizierten Planzahlen verglichen mit dem aktuellen Stand „völlig aus dem Ruder laufen“ müssten. Als Beispiele nennt er die Landeshauptstadt Kiel und die Stadt Norderstedt. Die Landeshauptstadt Kiel hat für das Jahr 2025 ein Defizit von 79 Millionen geplant. Stand jetzt ist mit einem Defizit in

Höhe von 220 Millionen Euro zu rechnen. Die Stadt Norderstedt hat für das Jahr 2025 mit einem Überschuss von 1 Million geplant. Stand jetzt ist aber mit einem Defizit in Höhe von 10 Millionen zu rechnen. Das Problem in Norderstedt ist, dass ein Liquiditätsengpass vorliegt, da eine ausreichende Kassenkreditlinie in der Haushaltssatzung nicht vorgesehen ist.

In Neumünster ist derzeit mit einem Defizit in Höhe von ca. 50 Millionen Euro zu rechnen. Die Abweichung in Höhe von 15 Millionen Euro zum Plan ist hoch, aber rechtfertigt aus Sicht der Verwaltung nicht eine Haushaltssperre; auch, weil unser HH-Nachtrag erst vor ca. drei Monaten beschlossen wurde und wir bereits intensiv Konsolidierungsmaßnahmen initiiert haben.

Herr Knapp informiert außerdem darüber, dass in der Julisitzung der Quartalsbericht vorgelegt wird.

7 .	Anträge und Anfragen
7.1 .	Antrag der Grünen, RH Voigt, betr. Zweckentfremdungssatzung nach dem Schleswig-Holsteinischen Wohnraumschutzgesetz Vorlage: 0187/2023/An

Herr Voigt zieht seinen Antrag zurück. Als Gründe führt er aus, dass die Verwaltung ihn auf die nicht vorliegende Rechtskonformität hingewiesen hat und zwischenzeitlich seitens der Verwaltung ein Wohnraumkonzept erarbeitet wurde.

Herr Voigt behält sich vor, zu einem späteren Zeitpunkt einen neuen Antrag einzubringen.

Der Antrag wird zurückgezogen.

8 .	Fortführung der Schulsozialarbeit an Grundschulen Vorlage: 0436/2023/DS
-----	--

Nach Aufruf der Vorlage führt Herr Weber den Änderungsantrag der SPD-Rathausfraktion vom 13.05.2025 aus und schlägt vor, den Änderungsantrag nach Antragspunkten abzustimmen. Mit diesem Vorschlag sind die Ausschussmitglieder einverstanden.

Es erfolgt eine kontroverse Diskussion bezüglich der Trägerschaft (Soll die Aufgabe bei den freien Trägern bleiben oder in die städtische Hand überführt werden?) und der Fortführung der erweiterten 51,5 Stunden für die Schulsozialarbeit an den Grundschulen.

Herr Langas lässt über den Änderungsantrag nach Antragspunkten abstimmen:
Der Punkt 1 des Änderungsantrages wird mit 5 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen abgelehnt.
Der Punkt 2 des Änderungsantrages wird mit 5 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen abgelehnt.
Dem Punkt 3 des Änderungsantrages wird mit 7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 5 Enthaltungen zugestimmt.
Dem Punkt 4 des Änderungsantrages wird mit 6 Ja-Stimmen und 7 Enthaltungen zugestimmt.
Dem Punkt 5 des Änderungsantrages wird einstimmig zugestimmt.

Abschließend lässt Herr Langas über die Vorlage in geänderter Form abstimmen.

Beschluss:

1. Der Fortführung der bislang in freier Trägerschaft durchgeführten Schulsozialarbeit an Grundschulen mit dem im Rahmenkonzept festgelegten Umfang von 10 Stellen (mit einem Gesamtvolumen von 211,5 Wochenstunden) wird befristet für fünf Jahre ab dem 01.01.2026 bis zum 31.12.2030 zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, zur Vergabe der Ausführung der Leistung ein entsprechendes Ausschreibungsverfahren zu organisieren.
3. Bei der Übernahme der Schulsozialarbeit soll es die größtmögliche Personalidentität an den betroffenen Schulen geben.
4. Die Verwaltung soll notwendige Beschlussvorlagen zeitnah zur Beratung vorlegen.
5. Die Ratsversammlung fordert eine stärkere, dauerhafte Mitfinanzierung der Schulsozialarbeit durch das Land. Die Verwaltung soll entsprechende Verhandlungen aufnehmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 1
Enthaltung: 4

Endgültig entscheidende Stelle: Ratsversammlung

9 .	Frühkindliche Bildung in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege- Zuordnung eines Trägers für die geplante Maßnahme "Graveshamstr." im Rahmen des Ausbaus von Plätzen der frühkindlichen Bildung Vorlage: 0490/2023/DS
-----	--

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss:

1. Dem Vorschlag der Verwaltung, der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. die Trägerschaft für das Vorhaben „Graveshamstr.“ zu übertragen, wird zugestimmt.
2. Sollte der Träger mit der höchsten Punktzahl in der Bewertung vom Interessenbekundungsverfahren zurücktreten, wird die Trägerschaft dem zweitplatzierten Träger, dem Diakonischen Werk Altholstein GmbH, übertragen.
3. Der Finanzierung der Ausstattungskosten durch einen städt. Investitionskostenzuschuss von bis zu 302.444,17 € und einen Investitionskostenzuschuss aus dem Landesinvestitionsprogramm 2019-2026 in Höhe von 57.555,83 € wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Endgültig entscheidende Stelle: Ratsversammlung

10 .	Konzessionsvertrag über die Erbringung des Citymarketing - Jahresbericht 2024 Vorlage: 0454/2023/DS
------	---

Auf Nachfrage von Herrn Meyer erläutert Frau Kling, dass bereits ein Arbeitsauftrag für eine Neustrukturierung des Citymarketings definiert ist. Der aktuelle Stand wird regelmäßig im Kultur- und Tourismusausschuss berichtet. Es ist angedacht, dass es ab dem 01.01.2026 eine neue Struktur gibt und eine Übertragung an die Holstenhallen erfolgt.

Beschluss:

Die Ratsversammlung sieht auf Basis des Jahresberichtes der Citymanagement Neumünster GmbH den Konzessionsvertrag im Jahr 2024 als angemessen umgesetzt an.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 1

Endgültig entscheidende Stelle: Ratsversammlung

11 .	Umbau der ehemaligen Helene-Lange-Schule zur Volkshochschule Vorlage: 0478/2023/DS
------	---

Herr Grassau bittet die Verwaltung aufgrund der angespannten finanziellen Situation den Rahmen von 4,8 Millionen Euro einzuhalten. Zudem stellt er die Frage, ob die VHS eine neue Einrichtung benötigt, wenn sie umzieht. Die Antwort der Verwaltung ist der Anlage I zu entnehmen.

In der Vergangenheit waren die Büros vom FD 66 in der Helene-Lange-Schule untergebracht. Herr Sirocko erkundigt sich, ob Gebäudeteile für die VHS zurückgebaut werden müssen. Hierzu erläutert Herr Aretz, dass aufgrund von Denkmalschutz nicht allzu viel umgebaut werden kann, aber Umbaumaßnahmen generell nicht vermieden werden können, da sich die Gebäudenutzung ändert.

Beschluss:

1. Der Planung für den Umbau der ehemaligen Helene-Lange-Schule zur Volkshochschule wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, vorbehaltlich der Bereitstellung der erforderlichen Finanzmittel für den Umbau im Haushalt, die Baumaßnahme umzusetzen (Baubeschluss).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen: 1
Enthaltung: 1

Endgültig entscheidende Stelle: Ratsversammlung

12 .	Förderprogramm Anpassung urbaner und ländlicher Räume an den Klimawandel: Park am ehemaligen Rangierbahnhof; Entwurfsplanung und Baubeschluss Vorlage: 0485/2023/DS
------	--

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes erkundigt sich Herr Meyer nach dem Vorgehen, wenn die Angebote aus der Ausschreibung über 8.880.000 € liegen.

Hierzu führt Frau Kling aus, dass die 8.880.000 € eine Deckelung sind und ggfs. Module aus dem Ausschreibungskatalog genommen werden, damit das Ausschreibungsergebnis unter den 8.800.000 € liegen wird.

Herr Arens von Seniorenbeirat kritisiert, dass die Planung keine extra Behindertentoilette beinhaltet.

Frau Kling erläutert, dass die Planung eine Unisex-Toilette berücksichtigt, die mit 2 Kabinen ausgestattet wird. Eine von den 2 Kabinen ist darauf ausgelegt, dass sie von Menschen mit Behinderungen genutzt werden kann.

Beschluss:

1. Der Planung zur Realisierung des Parks am ehemaligen Rangierbahnhof wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Baumaßnahme umzusetzen (Baubeschluss).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12
Nein-Stimmen: 1

Enthaltung: 0

Endgültig entscheidende Stelle: Ratsversammlung

13 .	Fairtrade-Stadt: Durchführung der erforderlichen Tätigkeiten durch externe Organisation Vorlage: 0472/2023/DS
------	--

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss:

- 1) Die Stadt Neumünster bemüht sich auch für die Jahre 2025 ff. um die Auszeichnung als Fairtrade-Stadt.
- 2) Der finanziellen Unterstützung an den Weltladen e. V. in Höhe von bis zu 2.400 EUR in 2025 und 4.800 EUR in 2026 zur Übernahme des dafür notwendigen Engagements wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10
Nein-Stimmen: 3
Enthaltung: 0

Endgültig entscheidende Stelle: Ratsversammlung

14 .	Städtische Beteiligungen: Kiek in! Anstalt öffentlichen Rechts der Stadt Neumünster; hier: Auflösung des Standorts in der Gartenstraße 32 Vorlage: 0428/2023/DS
------	--

Aufgrund nicht vorliegender Zahlen beantragt Herr Wrzesinski die Vertagung der Vorlage. Herr Langas lässt über die Vertagung abstimmen.

Beschluss:

Der Vertagung wird mit 9 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen zugestimmt.

Endgültig entscheidende Stelle: Ratsversammlung

15 .	Städtische Beteiligungen: FEK - Friedrich-Ebert-Krankenhaus Neumünster GmbH hier: Auszahlung Verlustausgleich 2025 Vorlage: 0455/2023/DS
------	---

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der vollständigen Auszahlung des Verlustausgleichs an das FEK im Juni/Juli 2025 in Höhe von 3,935 Mio. Euro wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Endgültig entscheidende Stelle: Ratsversammlung

16 .	Dringliche Vorlagen
------	---------------------

Keine.

17 .	Mitteilungen
------	--------------

Herr Knapp informiert darüber, dass es Vorlagen aus dem FD 37 gibt, die versehentlich nicht zur Vorberatung im Finanz- und Vergabeausschuss vorgelegt wurden. Es handelt sich hierbei um die Vorlagen 0475/2023/DS „Erlass einer Satzung über die Erhebung von Gebühren und Auslagen für Einsätze und Leistungen der öffentlichen Feuerwehren der Stadt Neumünster“ und 0476/2023/DS „Neufassung der Entschädigungssatzung für die ehrenamtlichen Einsatzkräfte der Stadt Neumünster (EntschSatzung Einsatzkräfte)“, die insgesamt Mehrerträge in Höhe von 45.000 € vorsehen.

Herr Knapp bittet, dieses Versehen zu entschuldigen und beabsichtigt, die Vorlagen im Hauptausschuss zurückzuziehen, damit sie im Sitzungszyklus Juli 2025 wieder neu eingebracht und vorberaten werden können. Herr Joost schlägt vor, dass eine Heilung im Hauptausschuss erfolgt, weil die Vorlagen Mehrerträge vorsehen, die der Stadt zugutekommen. Eine Verzögerung der Einführung der Gebührensatzung könnte zu Mindererträgen führen.

17.1 .	Stand der aufgenommenen Kassenkredite und Schulden für Investitionskredite Vorlage: 0202/2023/MV
--------	---

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Herr Langas schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

gez. Marco Langas

(Ausschussvorsitzender)

gez. Jasmin Scholtis

(Protokollführerin)